

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.; bei fortw. Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstands vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Vereins-Zentralrat) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 30.

Berlin, Mittwoch, 17. April 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein modernes Reichsvereinsgesetz. — Die erzieht man sich und andere zu Mitgliedern und Leitern einer Organisation. — Reichsgesetzliche Zentralvereinsorganisation. — Allgemeine Bundesgesetz. — Gewerkschaften-Zentral. — Verbands-Zentral. — Anzeigen-Zentral.

Ein modernes Reichsvereinsgesetz.

Die alte liberale Forderung nach einem modernen Reichsvereinsgesetz soll endlich erfüllt werden. In Verantwortung von Reden, die Dr. Rüdiger und Dr. Raumann am Donnerstag, 11. April, über die Notwendigkeit eines freien Koalitions-, Vereins- und Versammlungsdrehts im Reichstag gehalten hatten, hat sich Graf v. Posadowsky in eingehender Weise über eine reichsgesetzliche Vereinheitlichung und Modernisierung dieser Gesetzgebung geäußert. Der Minister für Sozialpolitik, der in dieser Rede auch das sozialpolitische Programm der Reichsregierung entwickelte, wozu wir noch gelegentlich zurückkommen, äußerte sich also:

„Nun, meine Herren, ein Gesetz betreffend die Regelung der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Der Herr Reichskanzler hat ein solches Gesetz angefügt, und ich beabsichtige mich damit, ein solches Gesetz auszuarbeiten. Man hat mir gestern den Vorwurf gemacht, man hätte zunächst das Vereins- und Versammlungsdrecht ordnen und demnach erst das Gesetz über die Berufsvereine vorlegen sollen; ich erinnere dem gegenüber daran, daß vorgelegt in den letzten Jahren gerade ein Gesetz über die Berufsvereine gefordert wurde, und daß dieses Gesetz, welches Ihnen vorgelegt war, nur Ihren Wünschen entgegenkam. Sie mögen an dem Gesetz manches getadelt haben; es war aber eine sehr weitgehende Konzeption in vieler Beziehung, die vielleicht nicht genügend erkannt ist, und ich bin sehr überzeugt, wäre der Reichstag nicht aufgelöst worden, so wäre schließlich dieses Gesetz doch zustande gekommen.“

„Meine Herren, jetzt hat sich allerdings die Lage verschoben. Der Reichskanzler hat ein Vereins- und Versammlungsdrecht angefügt, und ich bin jetzt bei dieser veränderten Sachlage auch der Ansicht, daß es praktischer ist, das Gesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit in den Vordergrund zu stellen. Wenn dieses Gesetz die Gestalt bekommt, die es meines Erachtens bekommen muß, wenn es überhaupt auf Annahme in diesem Hause rechnen soll, dann wird es eine Kleinigkeit sein, hierbei durch einige Paragraphen auch das Recht der Berufsvereine nach der privatrechtlichen Seite zu regeln; denn die öffentlich-rechtliche Seite der Berufsvereine wird schon durch das Gesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit geregelt werden.“

(Sehr richtig! links.)

„Meine Herren, ich muß Sie an eine Erfahrung aus früheren Jahren erinnern. Wir sind in diesen Dingen vielleicht zu ängstlich, eine Erstphase aus dem Rüstzeug des alten Polizeistaats, den wir nicht mehr befehlen werden. Der verordnete Reichskanzler fürstlich hatte seinerzeit bei Erlaß des bürgerlichen Gesetzbuchs dagegen Einspruch erhoben, daß eine Bestimmung darin aufgenommen würde, wodurch das Verbindungsverbot zwischen politischen Vereinen aufgehoben würde. Er hätte sich aber verpflichtet, vor Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs ein entsprechendes Spezialgesetz dem Hause vorzulegen. Bei dieser Sachlage war es meine Pflicht als Ressortchef, dafür zu sorgen, daß das Gesetz auch im Bundesrat angenommen und dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt würde, bevor das bürgerliche Gesetzbuch

in Kraft trat, und ich habe diese Verpflichtung eingehend und mühe sie erfüllt. Über welche Angriffe sind damals gegen mich dieserhalb gerichtet worden in der Presse, in dem hohen Hause und auch noch an anderen Stellen.“

(Sehr getreuer! — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wo stehen?)

— Das ist eine sehr neugierige Frage, Herr Abgeordneter. (Große Heiterkeit.)

Nach noch an anderen Stellen!

Welche Gefahren für Reich und Staat sah man von diesem Gesetze voraus? Nun frage ich Sie: was hat sich in aller Welt seitdem geändert?

(Sehr gut! links und in der Mitte.)

Die politischen Vereine fanden längst durch Telephon, Telegraph und Post miteinander in Verbindung. (Sehr richtig! links und in der Mitte.)

Die Aufhebung des Verbindungsverbotes war nur noch die Befestigung eines ganz allmählichen Defortationsprozesses.

(Sehr richtig! links und in der Mitte.)

Und so ist es auch mit unserem Vereins- und Versammlungsdrecht. Dieses arbeitet nach mit einer Reihe von überlebten Bestimmungen, die fast sämtlich gar nicht mehr auszuführen sind. (Sehr richtig! links), die der modernen Entwicklung gar nicht entsprechen, die gar keinen politischen Zweck mehr haben und nur das Publikum verärgern. (Bravo! links und in der Mitte.)

Meine Herren, man soll sich nicht der Hoffnung hingeben — ich halte mich trotz aller Angriffe, die gegen mich gerichtet sind, noch immer für einen konservativen Politiker.

(Zuruf rechts.)

— Ja, gewiß, ich halte mich noch dafür.

(Große Heiterkeit.)

Man soll doch nicht glauben, daß man gewisse Volkstimungen, gewisse Regungen der öffentlichen Meinung losmacht, unterdrückt durch die polizeilichen Vorschriften eines Vereins- und Versammlungsdrehts.

(Sehr wahr! links.)

Die große Aktionskraft unserer Nation hängt von viel tiefer gehenden Gedanken und Gefühlen ab, als sie erzieht oder unterdrückt werden können durch äußerliche polizeiliche Bestimmungen.

(Sehr gut! links.)

Deshalb bin ich allerdings der Ansicht, müssen wir, wenn wir überhaupt ein Vereinsgesetz erlassen, zu einem modernen Verhältnissen entsprechenden Vereinsgesetz kommen.

(Bravo! links und in der Mitte.)

Will man aber ein Vereinsgesetz auf dieser Grundlage nicht aufbauen, meine Herren, dann tut man besser, man unterläßt es ganz.

(Sehr richtig! links.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Raumann gesagt, so ein Vereinsgesetz zu machen, wäre eine ganz kurze Sache. Der Ansicht bin ich nun doch nicht. Ein Vereinsgesetz für Württemberg zu machen, ist eine ganz andere Sache, als ein Vereinsgesetz für das Deutsche Reich.

(Sehr richtig!)

Im Deutschen Reich liegen die Verhältnisse so verschiedenartig von der französischen Grenze bis zur russischen Grenze, daß hier ganz andere Gesichtspunkte in Frage kommen als in einem Mittelstaat. Meines Erachtens liegen zwischen den letzteren Grenzen für den Auf-

bau eines Vereinsgesetzes zwei entscheidende Gesichtspunkte: erstens, das Vereinsgesetz muß so aufgebaut sein, daß unter allen Umständen und zu allen Zeiten die bürgerliche Ordnung und Sicherheit aufrechterhalten werden kann

(Sehr gut! rechts);

das ist eine Forderung des Staatsbürgers.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

— Meine Herren, Sie laden darüber: Sie wollen ja aber alle Ihre Ziele auf friedlichem Wege erreichen!

(Große Heiterkeit.)

Was kann Sie denn ein Gesetz hören, das nur die bürgerliche Ordnung aufrecht erhalten will!

(Sehr gut!)

Die zweite Forderung ist, daß nicht die Vereine Stätten sein dürfen, wo verbrecherische Handlungen vorbereitet werden.

(Sehr richtig!)

Das sind die beiden notwendigen Grenzlinien. Innerhalb dieser festen Grenzlinien kann man aber eine Reihe von polizeilichen Maßnahmen und polizeilichen Reaktionen, wie der verordnete Minister Herr v. Hammerstein schon angedeutet hat, ohne weiteres fallen lassen.

Die hier von einem konservativen Minister an dem preussischen Vereinsgesetz geübte Kritik wirkt erschreckend. Der seine Spott über die ganze Sache, die auch „an anderen Stellen“ bestand über die Gefahren für Reich und Staat, die bei Aufhebung des Verbindungsverbotes befürchtet wurden, ist sehr pikant. Die am Schluß der Rede, die wir genau nach dem amtlichen Stenogramm des Reichstags wiedergeben, gemachten Vorbehalte, stoffen etwas Wasser in den feurigen Wein. Es muß abgewartet werden, ob es sich nachher im Gesetzentwurf wirklich um nichts anderes handelt, als um die Aufrechterhaltung „der bürgerlichen Ordnung und Sicherheit“. K. G.

Wie erzieht man sich und andere zu Mitgliedern und Leitern einer Organisation.

Praktische Winke nach eigener Erfahrung.

Ueber diese Frage äußert sich unsere Verbandskollegin Pauline Christmann in Köln a. Rh. in „Die Arbeiterin“, dem Organ des Gewerkschafts der Deutschen Frauen. Ihre aus eigener Erfahrung geschöpften praktischen Winke verdienen Beachtung auch bei den Verbandskollegen aller übrigen Gewerkschaften.

Eine Arbeiterinnen-Organisation zu gründen, ist gewiß recht schwer; denn die Frauen sehen meistens den Segen und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses nicht ein; sie scheuen die kleinen Opfer und Anstrengungen, welche die Organisation ihnen auferlegt und verlangen womöglich sofortigen Nutzen von ihr, der aber nicht gleich geleistet werden kann. Schwerer aber als die Gründung eines Vereins ist seine fernere Leitung, Stärkung und Vergrößerung. Es soll dann aber auch nicht bloß die Zahl der Mitglieder und deren Vereinsvermögen wachsen, sondern vor allem soll deren Erziehung, ihre Kenntnisse der Vereinszwecke, der Arbeits- und Lebensverhältnisse, die Tüchtigkeit des Charakters dort gefördert werden; die Organisation soll sie in den Stand setzen, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren und ihre Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse zu fördern und zu heben. Ueber alles das sprechen und sprechen hören, lesen und lesen hören, sich und andere unterrichten, ist wohl das beste Erziehungsmittel.

Wie aber soll man das machen? Wer die Schule hinter sich hat, glaubt ja, daß er schon lesen kann, und doch gibt es nur Wenige, die das, was sie lesen, recht verstehen und viel davon behalten, und die vor allem so gut vorlesen können, daß sie selbst

und andere Freude daran haben. Es ist vor allem nötig, diese Kunst zu üben, um sich und andere zu bilden, und wir wollen nun solche Übungsstunden schildern.

Die Vorsitzende eines solchen Vereins und zwei oder drei der tüchtigsten und fleißigsten Mitglieder kommen regelmäßig zusammen, bald bei der einen, bald bei der anderen. Die an dem Tage zur Vorsitzenden Gewählte hat die Ehre und erhebt und leitet die Übungsstunde. Sie liest laut ein Stück von einem einfachen Berichte und wiederholt das so oft, bis es glatt und mit richtiger Betonung geht; alle anderen machen das ebenso. Dann beginnt die Vorsitzende das Gesehene nachzuerzählen, nicht wörtlich, sondern dem Inhalt nach und die anderen machen das ebenso und fügen vielleicht eigene Gedanken darüber bei. In der nächsten Übungsstunde wird das alles noch einmal gemacht, bis es ganz befriedigend gelesen und frei erzählt wird. Die Vorsitzende muß dabei auf Fehler aufmerksam machen. Wer am besten liest, muß in der Vereinsversammlung die Sache vortragen. Es folgen dann allmählich immer schwerere Sachen.

Und nun nimmt man die Vereinsstatuten vor: für jede Vereinsversammlung müssen in dieser Weise ein oder zwei oder drei Paragraphen vorbereitet und dann frei besprochen und mit Beispielen und Erfahrungen aus dem Leben ausgearbeitet werden. So lernen alle die Statuten kennen: die Besucher der Übungsstunden lernen daran über Schwere nachdenken und es frei vortragen. In der Vereinsversammlung schließen sich noch allerlei Fragen und Bemerkungen der Mitglieder daran an.

Ende die Statuten durchgelesen, so kommt als Fortsetzung die Geschäftsordnung, Kassienführung, eine Anleitung, wie man einen Verein und Versammlungen leitet, dazu benutzt man ein Büchlein: „Grundriss der Vereinsleitung von Katharina Erdmann (30 Bg.) bei Jyl. v. Welck, Berlin W., Vutberstr. 11, zu haben: danach kommen Bestimmung, Straferweisen usw. an die Reihe.

Aber neben der Statutenklärung darf auch niemals ein kleiner Vortrag, die Besprechung eines bestimmten Stoffes in einer Vereinsversammlung fehlen. Sehr bald und möglichst von Zeit zu Zeit wiederholt, müßten in den Übungsstunden sowohl wie in den Vereinsversammlungen unsere Krankenversicherungsgesetze, ebenso die Alters- und Invaliditätsversicherung besprochen werden. Die Arbeiterinnen müssen oft gar nichts von diesen sie so nahe angehenden Bestimmungen.

Am besten ist es ja, sich anfangs das, was man in einer Versammlung vortragen will, genau aufzuschreiben und ziemlich wörtlich auswendig zu lernen. Später schreibt man sich nur die Hauptpunkte der Rede nach auf und zuletzt hat man auch die im Kopf und spricht ganz frei aus dem Gedächtnis. Gegenstände der Besprechung findet man ja viel. Gewerkevereins-Literatur eignet sich vorzüglich mit den kurzen Aufsätzen über alles Wissenswerte dazu. Auch die verschiedenen Blätter, welche durch die bürgerlichen Frauenvereine herausgegeben, teilen mit, wie es mit den Arbeitsverhältnissen in der Frauenwelt steht, wie es in dem öffentlichen Leben geht, was da angeht und geschafft wird.

Die Hauptfrage ist, daß vor allem die Arbeitsverhältnisse besprochen werden, und die Frauen sich in der oben beschriebenen Weise heranzubilden: sie müssen es lernen, ihre Versammlungen aus eigener Kraft lehrreich und anregend zu machen, indem sie immer Neues zur Besprechung heranziehen. In jedem Statutenabend muß ein Mitglied lesen, ein zweites Statuten erklären, das dritte einen kleinen Vortrag halten. Man versuche dann noch eine frisch fröhliche Geschichte vorzulesen, etwas aus der Hauswirtschaft und Gesundheitslehre vorzutragen usw. Schließlich kann denn noch ein gemeinsames Lied den Schluß bilden, nach dem schönen Vers von Eichenhof:

Wiehies auf dunklen Grunde
Der Friedensbogen blüht,
So durch die böse Stunde
Verühnend geht ein Lied! —

Arbeitet man in dieser Weise, dann werden auch die Frauen schon sehr hübsch ihre Versammlungen ohne weitere Beihilfe abhalten können. Sind nur die ersten schweren Versuche überstanden, geht es auch immer rascher und leichter voran. Daran müssen wir arbeiten mit Geduld und Ausdauer.

Pauline Christmann.

Reichsgesetzliche Invalidenversicherung.

Die im Reichsversicherungsamt aufgestellte, in Heft 1 (1907) seiner „Amtlichen Nachrichten“ veröffentlichte Nachweisung umfaßt die auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestehenden 31 Invalidenversicherungsanstalten und 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen.

Diese 40 Versicherungssträger besitzen insgesamt 278 Vorstandsmitglieder, 49 Hilfsarbeiter der Vorstände, 626 Aufsichtsratsmitglieder, 336 Kontrollbeamte, 2 Rentenstellen, 124 Schlichtergerichte, 3717 besondere

Markenverkaufsstellen und etwa 7500 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen.

An Wobensbeiträgen wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 619 Millionen Reichsmark verwendet, die einen Erlös von 148 963 617,23 RM ergaben. Hiervon entfielen auf polnische Arbeiter 14,6 Millionen Reichsmarkbeiträge im Werte von 385 386 93 RM. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 12 328 222 81 RM.

Bei der Abrechnung für das Jahr 1905 wurden 146 060 Renten als im Jahre 1905 zugegangen behandelt, nämlich 124 111 Invalidenrenten, 11 833 Rentenrenten und 10 716 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 159,45 RM, 160,73 RM und 159,10 RM.

Beitragsleistungen (§§ 42, 43 und 44 des Invalidenversicherungsgesetzes) wurden im Jahr 1905 festgelegt bei 151 852 Beitragsfällen, 765 Unfällen und 33 941 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 37,08 RM, 75,41 RM und 75,07 RM stellte.

Auf diese reichsgesetzlichen Entschädigungen wurden allein zu Lasten der 40 Versicherungssträger, also ohne den Anteil des Reichs, im Rechnungsjahre 1905 97 724 741,82 RM gezahlt, und zwar an Renten 89 553 429,19 RM, an Beitragsleistungen 8 171 312,63 RM. Die hierzu noch tretende Leistung des Reichs belief sich auf 47 450 836,81 RM.

Für das Heilverfahren (§§ 18 ff. des Invalidenversicherungsgesetzes) wurden 12 158 775,47 RM angewendet; hierbei sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostenzuschüsse in Höhe von 2 908 528,22 RM bereits in Abzug gebracht. Der obige Betrag umfaßt u. a. die Unterhaltungen an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Versicherten (§§ 18 Abs. 1 a. a. D.) in Höhe von 1 004 115,26 RM. Darüber hinaus wurden aber auf Grund des § 45 des Gesetz. noch weitere 835 948,29 RM gewährt. Die gesamten Ausgaben für Invalidenheilverfahren beliefen sich auf 485 727,17 RM. Hiervon wurden durch Einbehaltung der Rente der Pfleger 117 052,81 RM, erstattet und durch Zuschüsse von anderer Seite 18 965,15 RM ersetzt, so daß den Versicherungssträgern aus der Anwendung des § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Reinkausgabe von 349 709,21 RM erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 14 700 390,12 RM aufgebracht, was auf 1000 RM der Einnahme aus Beiträgen eine Ausgabe von 91 RM, auf 1000 RM der gesamten Ausgaben eine solche von 117 RM bedeutet. Auf die einzelnen Arten verteilen sich die überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassenden Aufwendungen so, daß von 1000 RM auf die allgemeine Verwaltung 587 RM, auf die Kosten für die Einziehung der Beiträge 145 RM, auf die Kosten der Kontrolle 95 RM und auf sonstige Kosten 173 RM entfallen.

Insgesamt haben sich im Jahre 1905 die Einnahmen auf 202 961 060,49 RM, die Ausgaben auf 125 826 328,52 RM beliefert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 77 134 731,97 RM ergibt.

Am Schluß des Jahres 1905 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1 237 540 200,41 RM, wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 4 783 638,15 RM tritt. Von 1000 RM Vermögen waren 21 RM in Kassenbeständen vorhanden, während 934 RM in Wertpapieren und Darlehen und 45 RM in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des in Wertpapieren und Darlehen angelegten Teiles betrug 5,53 vom Hundert des Anschaffungspreises.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 17. April 1907.

In einer klugen Gewerkevereinsaktiva ist dringend der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker:

Wenn wir angedacht dieser statistischen Ergebnisse sehen, wie wirtschaftlich schwach die deutsche Arbeiterklasse noch ist, kann nur der Wahnsinn sie zu einer Kraftprobe (Generalstreik) anregen, die in gar keinem Verhältnis zu den wirklichen Mauerwerkverhältnissen steht. Noch heißt es sammeln, agilitieren und organisieren, und jeder Mauerwerkspornung muß ausgesetzt werden, um in die Höhe zu kommen. Und dieser unablässigen Arbeit muß sich die Taktik der gesamten Arbeiterbewegung anpassen, wenn wir nicht in Pöbelverfeinerung und in der Praxis des Scheiterns ohnmächtig bleiben sollen. Die Worte und Taten müssen in der Arbeiterbewegung miteinander in Einklang gebracht werden, und daß das nicht geschieht, daran krankt die ganze Arbeiter- und nicht zuletzt die Gewerkebewegung. Nichts ist gefährlicher, als sich Selbsttäuschungen hinzugeben und äußere Erfolge für innere Kraft anzusehen. Darum darf auch die große Mitgliederzahl der Gewerkschaften — so erfreulich dieses Wachstum ist — nicht über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen. Dieselben treten aber in den genannten statistischen Ergebnissen so eklatant hervor, daß nur ein Teil der sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen nicht zieht. Aufbauende Tages- und Reformarbeit, eine fluge

Konzeptions- und Kompromißpolitik und -taktik müssen auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung zur herrschenden Erkenntnis und praktischen Danaachtung gelangen, dann garantieren wir die bestmögliche Einheitsfront in der Arbeiterbewegung und einen ihr nur durch diese Taktik möglichen dauernden Erfolg. Will man dies nicht oder sucht man es ungenügend zu hindern, dann wird die Arbeiterfront ganz durchfallen müssen, ehe die Lasten aufzuheben was heute noch glaubt ignorieren zu können. Unsere Tarifbewegung im deutschen Wirtschaftleben, ist in dieser Beziehung ein lehrreiches Kapitel für den, der sehen und hören will. Die durch die statistischen ermittelten Verhältnisse lehren und also, mit den tatsächlichen Kräften der deutschen Arbeiterfront weises Maß zu halten und Sprache und Können untereinander harmonisch abzustimmen. Daß es in absehbarer Zeit geschehen wird, bezweifeln wir nicht.

Das bezweifeln wir auch. Einheitlich kann sich die deutsche Arbeiterbewegung nur auf dem Boden der Gewerkevereine zusammenfinden. Dazu gehört aber unerlässlich eins: Hinaus mit der demagogischen Sozialdemokratie aus der Arbeiterbewegung.

Arbeiter als Sachkenner beim Gericht. Unser Ortsverband des Deutschen Gewerkevereins für Hannover und Umgegend hat beim Präsidium des zuständigen Gerichts beantragt: „Schließen aus den Arbeiterkreisen zu ergänzen.“ Hieraus ist an den Verband die Aufforderung ergangen, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen. Es wurden je 12 Kollegen aus Hannover und Linden dem Gericht in Vorschlag gebracht, woraus je 7 Kollegen für das Jahr 1907 als Haupt Sachkenner ausgewählt worden sind.

Die Reform des Submissionswesens wird von den freisinnigen Parteien des Reichstages in einem gemeinsamen Antrag gefordert. Die Frage ist eine überaus schwierige. Sehr verständig und ohne Schwierigkeiten durchführbar ist die hierzu gehörende Forderung, daß nur dem Unternehmer der Zuschlag erteilt wird, der die Verpflichtung übernimmt, nicht geringere als die Tariflöhne bezu. wenn Tarifvereinbarungen nicht bestehen, nicht geringere als in der Branche üblichen Löhne zu zahlen. Die öffentliche Förderung des genannten Antrages hat nun die interessante Tatsache zutage gefördert, daß jene Verpflichtung den Unternehmern auferlegt wird, die Lieferungen für die Militärbehörden abzunehmen. Der Antr. wurde nämlich mitgeteilt, daß die Militärbehörden (Artilleriewerkstätten, Feuerwerkslaboratorien usw.) schon seit Jahren bei ihren Aufschreibungen von Lieferungen folgende Klausel, die von dem um die Lieferung sich bewerbenden Unternehmer unterschrieben werden muß, eingeführt haben: „Den in meinem Betriebe angestellten Arbeitern ist ein Lohnsatz gewährt, der es ihnen ermöglicht, einen Tagesverdienst zu erzielen, der nicht hinter dem ortsüblichen Durchschnittslohn für die in Betracht kommende Arbeitsart zurückbleibt. Ich erkläre ausdrücklich an, daß die Abgabe dieser Erklärung die Voraussetzung für meine Zulassung zum Bedingungenstermin bezu. zur Lieferung bildet.“

Durch die allgemeine reichsgesetzlich vorgeschriebene Einführung einer solchen Klausel würde den Unternehmern ein für allemal das Handwert gelegt werden, die auf Grund schlechter Löhne billige Offerten machen und die anfängliche Konkurrenz dadurch schwer schädigen.

Eine Erweiterung des Koalitionsrechts beantragen die drei freisinnigen Fraktionen des Reichstages zur zweiten Beratung des Reichstages des Innern.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Bestimmungen beseitigt und insbesondere § 152 der Gewerbeordnung dahin ändert, a) daß derselbe nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auf Erhaltung bestehender Arbeits- und Lohnverhältnisse Anwendung findet, b) daß sich die entsprechenden Verabredungen und Vereinigungen nicht nur auf die individuellen Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen, sowie auf Veränderungen der Gesetzgebung richten dürfen; II. den § 153 der Gewerbeordnung dahin erweitert, daß zugleich mit dem Mißbrauch des Koalitionsrechts auch die rechtswidrige Veränderung am gesetzlichen Gebrauch unter Strafe gestellt wird. — Diese Abänderungsvorschläge entsprechen durchaus den wiederholt geltend gemachten Forderungen der Deutschen Gewerkevereine.

Arbeiterbewegung. In Hamburg dauert der Kampf der Schauerleute unermüdet fort, da die Reeder die Bedingungen der Hafenarbeiter als unbillig bezeichnet und runderweg abgelehnt haben. Dagegen scheint die Aussperrung in Bremen ihrerseits Ende entgegen zu gehen, da nach dem Schiedsamt

der Aktiengesellschaft „Refer“ auch die übrigen Vereine dem Unternehmerband mitgeteilt haben, doch sie anfangs dieser Woche die Arbeit wieder aufnehmen würden. — Auf den Bodwitzer Braunkohlwerken (Brau. Cassen) haben etwa 300 Maschinenisten und Heizer die Arbeit niedergelegt, so daß der Betrieb auf der Müß- und Emanuelgrube vollständig ruht. — Der Streik der Schuhmacher in Konstantz ist schon nach einmütiger Dauer zum Nutzen der Arbeiter beendet worden. — Auch in Stuttgart ist ein Streik der Schuhmacher erledigt, dadurch daß die Meister den Gestellen weitgehende Zugeständnisse machten. — Die Wiederaufnahme der Arbeit im Schmiedergewerbe, der sich anfänglich noch manche Schwierigkeiten entgegenstellten, ist nunmehr überall erfolgt. — Unverändert ist die Lage in der Holzindustrie. — Ebenso dauert der Kampf der Berliner Kaufmannsgärtner noch fort. Die Zahl der Firmen, die bewilligt haben, hat sich auch in den letzten Tagen wieder etwas vermehrt. — Neben den zentral- und lokalorganisierten Mauern haben sich auch die Banhilfsarbeiter und Zimmerer von Groß-Berlin in vielen fast beschleunigten Versammlungen dafür ausgesprochen, daß an der Forderung des Achtstundentages festgehalten werden müsse. Von der Haltung der Unternehmer zu dieser Forderung hängt es nunmehr ab, ob die am Mittwoch vor dem Gewerbegericht ihren Fortgang nehmenden Einigungsverhandlungen zu einem friedlichen Ergebnis führen oder nicht. — Im Berliner Hädergewerbe ist die Lage auch noch nicht geklärt. Die Innungsmeister sind bereit mit den Gestellen in Verhandlungen einzutreten, diese sollen jedoch nicht vor dem Gewerbegericht, sondern vor dem Einigungsamt des Innungs-Schiedsgerichts oder als freie Verhandlungen geführt werden. — Ein Streik der Böttcher in den Berliner Brauereien droht auszubrechen. Diese Arbeiter sind mit der Forderung der 9stündigen Arbeitszeit an die Brauereien herangetreten, haben aber eine ablehnende Antwort erhalten, da auch die Brauer selbst den Neunstunden Tag nicht billigen. Es sollen nun nochmals Verhandlungen angeknüpft und am 20. April überall dort, wo der 9stündige Arbeitstag nicht bewilligt wird, in den Streik getreten werden.

In den südlichen Bädereien von Warschau sind Differenzen ausgebrochen, so daß in rund 90 Bädereien etwa 800 Gestellen die Arbeit eingestellt haben. — Der Streik der Bäder in Paris nimmt seinen Fortgang. Dennoch macht sich in den Brotläden noch kein Brotmangel geltend, weil in den Garnisonbädereien Streitarbeiter durch Soldaten gemacht wird. Die Arbeiter der anderen Nahungsmittelgewerbe haben sich bisher der Bewegung noch nicht angeschlossen. — Auch in Marseille ist die Militärbehörde den im Auslande befindlichen Bädereigefallen durch Stellung von Streikbrechern in den Küsten gesteuert. — In Danemark wird eine allgemeine Aussperrung der in den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie beschäftigten organisierten Arbeiter geplant. So sind bereits auf den Schiffswerften von Kopenhagen und Umgegend beinahe 3000 Arbeiter ausgeperrt worden.

In seiner Monatschau über die Lage des Arbeitsmarktes stellt „Der Arbeitsmarkt“ sehr interessante Betrachtungen an, die ergeben, daß gegenwärtig die Weltlage noch sehr ist. In der räumlichen Zeit, da der Weltmarkt einer heftigen Erschütterung ausgesetzt war, zeigte der Arbeitsmarkt sogar noch eine stark zunehmende Besserung, die darin zum Ausdruck gelang, daß der Andrang der Arbeitsuchenden von Februar auf März stark abgenommen hat. Das Angebot der Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen, das im Vorjahre 102,5, im Vormonat 106,8 betragen hatte, sank im März dieses Jahres auf 94,9 herab. Es war also wie in den Jahren der vergangenen Hochkonjunktur 1899 und 1900 schon im Frühjahr ein Winderangebot am Arbeitsmarkt vorhanden; das Angebot reichte zur Deckung der Nachfrage nicht aus. Die Knappheit an Arbeitskräften war, an der Höhe des Andranges gemessen, in diesem Jahre sogar empfindlicher als 1900; 1899 allerdings war die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage etwas größer. Eines der wichtigsten Symptome für die Gunst des Arbeitsmarktes im März war es, daß im Vergleich zu früheren Aufschwungsjahren vor allem der Arbeitsmarkt für Mäntel eine ständige Besserung zeigte, während am Arbeitsmarkt für Weibliche die Entwicklung nicht so günstig war. So zeigt z. B. im Vergleich zum März 1900 der Andrang der männlichen Arbeitsuchenden eine Abnahme von 7,8; das Angebot von Arbeiterinnen auf 100 offene Stellen aber hat sich gegen damals um 5,4 vermehrt. Auch im Vergleich zu 1906 hat der Andrang der männlichen Arbeitsuchenden abgenommen. Diese Feststellung verdient um so mehr Beachtung, als gerade in dem Gewerbe, für das ausschließlich männliche Arbeiter in Betracht kommen, im Berggewerbe der Beschäftigungsgrad Träger war als im Vorjahre. Infolge des hohen Gebührens, und wohl infolge einer letzten Überverpöpfung der Bauindustrie im letzten Jahre lies die Frühjahrseinstellung diesmal auf

sich warten. Während sonst der größte Teil der Bauarbeiter im März schon wieder an Bauten tätig ist, war in diesem Jahre eine stärkere Zunahme der Nachfrage nach Bauarbeitern nicht zu verspüren. Wertwürdigerweise nahm aber das Angebot ebenfalls nur wenig zu; die Arbeitslosigkeit war vielmehr in allen anderen Gewerbezweigen so günstig, daß die Nachfrage nach Arbeitern stark wuchs. Am glänzendsten ist noch immer die Lage des Arbeitsmarktes im Bergbau und in allen Zweigen der Eisengewinnung und Weiterverarbeitung, obgleich auch im Zertelgewerbe der Beschäftigungsgrad schon so hoch war, daß eine Steigerung kaum möglich war. Die Forderungen der Arbeiter hielten noch anbauend nach ausländischen Bergarbeitern Umschau, um das knappe Angebot vom Inlande auszugleichen; sie begriffen es mit Freuden, daß die Streikneigung unter den Bergarbeitern abflaute, da sie infolge des Arbeitermangels und technischer Schwierigkeiten schon seitwärts nicht imstande waren, die gute Konjunktur nach ihrem Wunsche anzunehmen. In der Eisenindustrie konnte von einem Nachlassen der Tätigkeit ebenfalls keine Rede sein, die Beschäftigungsgrade waren reichlicher als im Vorjahre. Wenn aus der Kleinindustrie berichtet wurde, so handelte es sich um die Zusammenfassung des Geschäftsganges in gar keinem Zusammenhang mit dem Beschäftigungsgrad; dieser war vielmehr in allen Bezirken noch durchaus zufriedenstellend. Volle Tätigkeit wurde im Zertelgewerbe entfaltet; es wurden in der Hoffnung auf ein flotteres Übergeschäft schon frühzeitig Aufträge für später erstellt. Auch das Kleidungs- und Bekleidungs- und Schuhgewerbe war bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Am Markt für ungerne Arbeiter genügte die Nachfrage zur Beschäftigung der Arbeitsuchenden völlig.

Pariser Verträge müssen selbstverständlich auch von den Arbeitern gehalten werden. Die Münchener Kohlenarbeiter hatten sich daran nicht gehalten und den Tarif gebrochen. Dafür steht das sozialdemokratische Organ des Handels- und Transportarbeiterverbandes seinen Münchener Kollegen in scharfer Form die Leutchen. „A unser Verband... im Interesse seiner Mitglieder keine Kuh hat, den Schmutzmaterial zu liefern, werden wir stets mit eigener Disziplin dafür Sorge tragen, daß letztere der Organisation abgeschlossene Tarifverträge in allen ihren Teilen innegehalten werden, wir werden es sich selbst zu machen, die da meinen, um augenblicklicher Vorteile willen sich nicht an die abgeschlossenen Verträge halten zu brauchen. Es wird unsere Aufgabe sein, durch weitgehendste Aufklärung dafür Sorge zu tragen, daß über die Rechteverbindlichkeit abgeschlossener Tarifverträge volle Klarheit unter den beteiligten Arbeitern verbreitet wird. Wer sich der Disziplin der Organisation nicht fügt, der hat seine Konsequenzen daraus zu ziehen. Den Schmutzmaterialien, das und wird es niemals gelingen unserer Organisation nachzueilen zu können, daß sie nicht ruffähig ist, weil sie nicht infolge sei, Tarifabschlüsse innezuhalten und durchzuführen. Die Rückhaltung von abgeschlossenen Tarifverträgen würde das Grab der konstitutionellen, und die Wiedergeburt des absolutistischen Arbeitsverhältnisses sein, und zu solchem Selbstmord ihrer Aufwärtsbewegung werden verständige Arbeiter niemals die Hand reichen, sie werden sich dazu auch nicht provozieren lassen.“

Das ist der verständige Gewerbetreibendenstandpunkt. Den Sozialdemokraten ist damit aber nicht gedient, weil sie den Klassenkampf aus Prinzip führen. Das gewerkschaftliche Organ mag sich also in acht nehmen vor Franz Wehring, der ihm ob seiner Harmoniebesetzung schon den Kopf zurechtgerichtet wird.

Einen wertvollen Beitrag für den Kampf gegen die Giftgasfabriken bildet das vom Reichsgesundheitsamt ausgearbeitete und in unserer letzten Nummer bereits erwähnte Merkblatt für Feilenhauer, Schleifer und Arbeiter in Chromgeräten. Nach einem kurzen Hinweis auf die gesundheitlichen Gefahren des Bleies wird dargetan, daß die Bleiergiftung bei Feilenhauern gewöhnlich dadurch zustande kommt, daß geringe Mengen Bleis durch die beschmutzten Hände beim Essen und Trinken oder beim Rauchen, Schnupfen und Waschen von Labat in den Körper aufgenommen werden. Es werden dann weiter die verschiedenartigen Krankheitserscheinungen angeführt und als wirksamster Schutz auch hier wieder Sauberkeit und Mäßigkeit empfohlen, ferner Genuß von geistigen Getränken, bei der Arbeit nicht rauchen, lauen, schnupfen, essen und trinken erst nach sorgfältiger Reinigung der Hände und beim Anstreuen von Krankheitserscheinungen sofortige Hinzuziehung ärztlicher Hilfe.

Der Metallschleifer hat besonders den Staub zu fürchten, der beim Schärfen der Schleifsteine und bei den Arbeiten an trockenen Schmirgelsteinen sich bildet. Der eingatmeten Staub lagert sich in der Lunge ab und verursacht dort allmählich hartnäckige Katarrhe und schleichende Entzündungen, die sich zunächst durch Husten und Auswurf, später auch durch Stechen in der Brust, Appetitlosigkeit, Mattigkeit und Kurzatmigkeit (Schleiserasthma) anzeigen. Für die

Gesundheit des Schleifers ist es daher von größter Bedeutung, daß er die Einatmung von Staub nach Möglichkeit vermeidet. Das Material ist darum feucht zu halten; muß trocken geschliffen werden, so sollen die Ablaugevorrichtungen gut funktionieren. Der Schleifer soll durch die Nase, nie durch den Mund atmen; er soll eine besondere Arbeitskleidung tragen; bei der Arbeit keinen Alkohol trinken; sich nicht vornüberbeugen halten; bei hartnäckigen Husten den Arzt holen!

Zur Verhütung von Chromatgeschwüren müssen Arbeiter selbst bei ganz geringfügigen Hautverletzungen oder Wunden jede Arbeit meiden, die sie mit offenen Händen in Berührung bringt. Unter allen Umständen sollen sie sich vor dem Beginn der Arbeit Hände und Unterarme mit ungelagertem Schweinfett oder Petroleum einreiben und jede Berührung mit der Gerbröhre so weit wie irgend möglich vermeiden suchen. Um sich vor inneren Chromvergiftungen zu schützen, sollen die Arbeiter erst nach Abwaschung der Hände, Unterarme und des Gesichts essen und trinken. Rauchen, Schnupfen und Waschen von Labat ist während der Arbeit gänzlich zu unterlassen.

Es wäre zu wünschen, daß das Merkblatt recht weite Verbreitung findet und die darin enthaltenen Ratsschläge recht eifrig befolgt werden.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Verband der Deutschen Buchdrucker
Bezirk Cottbus.
Cottbus, 11. April 1907.
An
Die verehrte Redaktion des „Gewerbetreibenden“

Berlin.
Die Nr. 2 Ihres geschätzten Blattes, welche leider erst in den letzten Tagen mit leiblicher Zugabe wurde, enthält eine Korrespondenz aus Cottbus, deren Inhalt nicht der Lesenden entspricht. Trotzdem soll dem Erschienen der betr. Heft (7. Januar d. J.) eine genaue Zeit verstreichen ist, bitte ich um Veröffentlichung folgender Rückmeldung:

Die Zurückweisung des Schriftstellers B. (Risch) von der Aufnahme in den Buchdruckerverband erfolgte nicht wegen der fräheren Zurückweisung infolge Sittlichkeitsvergehen, sondern 1. weil B. 5 Wf. weniger Wohnort hat, als die tariflichen Mitglieder; 2. weil er in dieser Beziehung unweigerlich Angaben gemacht hätte; 3. weil er gelegentlich des Streiks bei Strichfeld in Leipzig im Jahre 1905 als Arbeitswähler eingetragung; 4. weil er infolge unvollständiger Verhältnisse und Weiterens der Beiträge ausgeschlossen worden war. — Ferner müssen wir entschieden Bewahrung einlegen gegen die Unterzeichnung, daß, wenn B. sich als Sozialdemokrat betätigt hätte, wir mittelwegens über seine Zugewandten hinweggehen setzen würden. Abgesehen davon, daß die letzte (beizte) Beurteilung wegen Gefährdung des öffentlichen Wohls im Jahre 1905 erfolgte und B. seine Frau während der Straftat in bitterer Not brachte, hätte ihm eine Tätigkeit für die Sozialdemokratie ebenso wenig zur Aufnahme in den Buchdruckerverband qualifiziert, als Mitglieder unserer Vereins wegen Betätigung für irgend eine andere politische Partei Repressalien zu gewärtigen hätten. Wir fragen in unserer Organisation niemanden nach seinem politischen Glaubensbekenntnis, und in unserem Orderraten haben wir Mitglieder, welche teils Angehörige der freisinnigen Volkspartei sind, sogar einige Konserervative und Jesuiten zählen wir zu unseren Mitgliedern, welche aus ihrer Zustimmung bei der Reichstagswahl kein Wohl haben, aber keinen sozialdemokratisch gesinnten Verbändemitglied ist es eingetragung, diese Kollegen in irgend einer Beziehung anzusehen. Der Buchdruckerbezirk St. L. S. A. & C. hat diesen Gesellen nicht aus Menschenfreundlichkeit eingetragung, sondern um eine billige Arbeitskraft zu haben.

Abtunungsamt!
Der Vorstand des Ortsvereins Cottbus
(Verband der Deutschen Buchdrucker)
J. L. R. Bd.

Obgleich diese Zuschrift über den Rahmen einer Richtigstellung hinausgeht, haben wir ihr unverkürzt Raum gewährt, damit die Wahrheit festgesetzt werden kann. Wir ersuchen unsere Verbändgenossen in Cottbus, die Angaben des Herrn Bod nachzuprüfen.

Infolge eines Schlaganfalls starb plötzlich unser Verbandskollege

Fritz Knopf

in Angsburg. Gerade jetzt war er zum Kassierer gewählt worden. Infolge langjähriger Tätigkeit als Kassierer im Gewerbetreibenden und Metallarbeiter, wiederholt nahm er als Delegierter auch an den Verbänden und Delegierten tagen teil.

Eine zweite Trauertochter kommt aus Magdeburg-Budau, wo der alte Müllmüller

Stadterordnerer Dugheim

verstorben ist.

Wir werden beiden Kollegen, die unserer Sache so viele Jahre treu gedient haben, ein ehrendes Andenken bewahren.

Gewerbvereins-Zeil

Halle a. S. (Ortsverband). Am Sonntag, 7. April, fand in der Börsenhalle eine Ortsverbandversammlung statt. In derselben wurde zunächst festgestellt, daß der Provinzial-Obdiger Sonntag, 5. Mai, nachmittags 4 Uhr, beschickt wird. Treffpunkt: Altien-Bräuererei (Restaurant). Umwärtig 8 Uhr. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Herr Dr. Meyer demnächst einen Vortrag über Arbeitslosen-Versicherung usw. in der Stadt Halle halten wird. Sodann sprach Herr Ingenieur Paul Hayes über das Patentrecht. Referent machte zunächst aufmerksam, daß wir in Deutschland das Patentrecht erst seit dem Jahre 1876 haben, in Frankreich habe man das Patentrecht schon im Jahre 1762 eingeführt. Das deutsche Patentrecht ist aber für alle Staaten maßgebend geworden. Der Referent erläuterte das ganze Wesen des Gesetzes, sowie das Patentrecht, seine Einrichtungen und seine Befugnisse. Erwähnte auch, daß es in Berlin keine gebe, die im Patentrecht ein- und ändern, um die ausgesprochenen Zeichnungen nachzuahmen und selbige dem Ausland zu verkaufen, womit diese Ökonomen ein Feldweid verdienen. Ferner konnte Referent berichten, daß es in Deutschland Firmen gebe, die diejenigen anschieben, die Patente anmelden wollen, unter anderem soll es im Elbthale eine Firma geben, die auf solchen Raub ausgeht. Auch sprach der Herr Vortragende die Auslandsverhältnisse und die betreffenden Gesetze. Der Vortrag war höchst interessant. Die anschließende Diskussion war eine rege. Die Versammlung dankte dem Vortragenden durch allgemeinen Beschluß. Im übrigen wurden noch einige Internas verhandelt. Der Beschluß hätte dem gemeinlichigen Bestreben halber besser sein können. T.

Verbands-Zeil

Verbandsstag in Berlin.

Die Herren Abgeordneten, welche die Vereitlung eines Logis während der Tagung des Verbandstages wünschen, werden gebeten, die bezügliche Mitteilungen dem Bureau des Verbandes zu machen.

Die Räumlichkeiten der Herberge im Verbandsbau können nicht zur Verfügung gestellt werden, da diese für die durchreisenden Kollegen reserviert bleiben müssen.

Bureau des Zentralrats.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (S. D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbau der Deutschen Gewerbevereine, NO, Greifswalderstraße 221/223. Bitte willkommen.

Sachsen. Der Deutsche Gewerbeverein (S. D.). Jeden Donnerstag, abends 7-11 Uhr, Leitungsbüro im Verbandsbau der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Bitte herzlich willkommen. — Sonnabend, 20. April. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr in Reichers Schützen (gr. Saal), Bergstr. 69.

Berlin mit Damen. Vortrag des Justizrats Dr. Guttman: „Rechte und Pflichten der Frau nach dem bürgerl. Ehegesetz“. Nach dem Schluß. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Abends 8 1/2 Uhr, Fruchtstraße 36 a. Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Monatsbericht, 3. Vortrag des stellvert. Schachmeisters Kollegen Strubell: „Das Rajen- und Unterstützungswesen des Gewerbevereins“, 4. Werkstattangelegenheiten. — Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Ab. 8 1/2 Uhr bei Wehler, Beuststraße 22. Vortrag des Dipl.-Ing. Herrn Kautzsch: „Das Wesen der modernen Fabrikation“. Sonntag, 21. April, morgens 9 Uhr, Betriebsräte-Versammlung des Beguts Noabit. Sonnabend, 27. April, Frauen-Vortrag mit Mitbildern von Herrn Grünmann, Naturheilkundiger. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Weper, Zettowstr. 3. Protokoll Monatsbericht. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter V. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Rottbühlstr. 4a. Tagesordnung: I. a. Vortrag des Herrn Lehrer Derwin über: „Sonderaufgaben eines Arbeiters“. Regulatorpost. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8 1/2 Uhr bei Lehmann, Kolpaquestraße. Vortrag des Kollegen Zuber über: „Stellung der Gewerbevereine in der Arbeiterbewegung“. Regulatorpost. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Ab. 8 1/2 Uhr Versammlung, Zettowstr. 30. Tagesordnung: a. Vortrag des Kollegen von Lehmann, Brunnenstr. 119. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Abends 8 1/2 Uhr, Bräueret Verein, Vereinsversammlung. Vortrag.

Halle a. S. Sonntag, den 5. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, in der Börsenhalle (kombinierte Sitzung). Vorber. Vertreter.

Orts- und Bezirksverbände.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bild. Schulte-Rattler, Diskussionsklub. — Maschinenbau- und Metallarbeiter. Jeden Sonntag 9 Uhr Sitzung bei Halber, „Jägerhof“. — Cottbus. Norddeutscher Maschinenbau-Verband. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Diskussionsabend im Lokal Engelle, Schifferstraße 9a. Bitte willkommen. — Gumburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz. in Hüttenmanns Hotel, Poststraße, Diskussionsklub. — Spandau (Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine, S. D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Bitte willkommen.

Literatur.

Ueber die im Verlage des Verbandes erschienene kurzgefaßte „Geschichte der Deutschen Gewerbevereine“ schreibt die „Kieler Zeitung“: „Die von Jahr zu Jahr mächtiger anwachsende deutsche Arbeiterbewegung und ihr im öffentlichen Leben sich immer mehr bemerkbar machender Einfluß in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung hat auch die die Arbeiter betreffende Literatur gewaltig anzuheben lassen. Verhältnismäßig recht wenige Schriftsteller auf diesem Spezialgebiete gehen aber dabei bis auf den Ursprung, die Anfangsgeschichte, ihre Väter und Vordem.“

geschichte näher ein. Es ist daher nicht zu verwundern, daß diese, insbesondere der jüngeren Generation, auch in der organisierten Arbeiterkraft, nahezu unbekannt und der Gefahr ausgesetzt ist, ganz in Vergessenheit zu geraten. Und doch bietet gerade dieser Zeit, diese Periode, in der die aufkommende Industrieevolutions ihre ersten politischen und wirtschaftlichen Schwerpunkte machte, eine unerlöschliche Fundgrube an nationalökonomischen Wissen, nicht nur für die zunächst Beteiligten, die Arbeiter selbst, sondern für jeden Freund einer gesunden Volkswirtschaft — und auch dem Arbeitgeber gleichgültig, welche Anschauungen er sonst im Leben vertreten mag. Diese vorhandene Fülle wenigstens zum kleinen Teile auszunutzen, hat sich ein vor kurzem erschienenen Schriftchen des freimüthigen Landtagsabgeordneten Karl Goldschmidt in Berlin zur Aufgabe gestellt, indem er „eine kurzgefaßte Geschichte der Deutschen Gewerbevereine, ihre Begründung und Entwicklung“ verfaßt und im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine (Berlin NO, Greifswalderstraße 221/223) herausgegeben hat. Ist das Werkchen auch in erster Linie zur Information für die Mitglieder dieser Organisation bestimmt, so ist in demselben, trotz der gedrängten Kürze, doch eine solche Fülle von zum großen Teil bisher unbekanntem Material zusammengetragen, daß es auch für den völlig Unbeteiligten zum wertvollen Nachschlagewerk wird. Auch den nachgelassenen Schriften des vor nunmehr zwei Jahren verstorbenen Anwalts Dr. Max Hirsch, den Bräuerklub des Verbandes und Delegiertenrat sowie den Verbandsorganen und aus den Archiven hat der Verfasser sein Material in durchaus sachlicher und objektiver Weise zusammengetragen. Allen denen, welche den Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung in ihren Anfängen verfolgen wollen, kann die kleine Schrift deshalb nur empfohlen werden. G.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Professor Dr. J. Joffe, Berlin, Verlag von Georg Reimer). Die als Organ des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 14 des 10. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Rentabilität des Großgewerbes im Jahre 1906. — Verband: Kohlenvertrieb der wichtigsten Industrieländer. Starke Zunahme des deutschen Kohlenverbrauchs. Bergarbeiterstreik im Jahre 1906. Steigerung des Durchschnittsverdienens. — Eisen- und Stahlindustrie: Entwicklung des Eisenverbrauchs im laufenden Jahre. Beschäftigungszustand in den einzelnen Metallgewerken. Ungünstige Symptome im Eisenvertrieb. — Bekleidungsindustrie: Schneidwarenindustrie. Die Lage der Konfektionsindustrie. Große Verluste für die Wäscheindustrie. — Statistisches Monatsmaterial: Arbeitsnachweise. Wetterbericht. Streikverzeichnisse für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Gemischtbuchsystem oder Kartenbuchsystem; Zusätze (a) des Arbeitsamts-Verwalters E. Bauer-Freiburg, Arbeitsnachweise und Arbeitsbeschaffung für Unfallopfer. Schriftleitersitzung des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine nebst jahresmäßigen Angaben über März 1907.

Anzeigen-Zeil

Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Bericht zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.

Zeitfaden zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Wegweiser durch die Unfallversicherungs-Gesetze von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pf.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Geschichte der Deutschen Gewerbevereine von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pf.

Ausführungsplan des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160 x 280 mm. Preis 50 Pf.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerbevereine. — Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Bücher) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Volkswirtschaftslehre von Dr. C. J. Buchs. Preis 80 Pf.

Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von H. Winter. Berlin und S. Berndt-Dresden. Gratis.

Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt. Berlin und Johann Dorabühl-Dromberg. Gratis.

Lehrverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Goldschmidt und J. D. Käfer-Rürnberg. Gratis.

Wander zu Unfällen, Klagen und Beschwerdeschriften im Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandsleiter Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223. Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Cottbus (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen aller Branchen erhalten Abendsessen, Nachtlager und Frühstück Neupfadtstr. 14 bei Bergmann. Karten hierfür bei H. Habermann. Hoffstr. 29, Hof.

Wespen (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erh. 75 Pf. Reiseunterstützung bei allen Ortsvereinskollegieren ab. beim Verbandsleiter Herrn Guß. Straß. 7 Hof I.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. — Druck und Verlag: Grosse & Gallitzel, Berlin W., Potsdamerstraße 110.

Unsere langjährigen Sekretäre, Herrn

Oskar Särtel

zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Gemeldet vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarb. zu Cottbus.

Jährerwünsche. Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pf. bei jedem Betriebsabstiege.

Ein und Wältheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungsgeld im Gewerbevereinsbureau, Brunstr. 23 I.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. bei Aug. Braun, Steinstr. 68. Dar-ist Arbeitsnachweis.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine.

„Union-Festtage“

Jeden Donnerstag:

Hork'sche Sängerk.

Anfang: 8 Uhr.

— Eintritt 30 Pf. —

Nach der Vorstellung:

11 Familienausgaben. 11

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

Frauen-Begräbnisliste

des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine.

Eintrittsgeld 25 Pf. • Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.

Bestichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.


Der Beihilfebeitrag beträgt je nach Höhe der gemachten Versicherungs-summe und des Eintrittsalters 3 bis 9 Pf.

Alle Ortsvereine nehmen Anmeldungen entgegen.

Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Verbandsgenossen

kauft

niemals nach  8 Uhr abends

und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Gewerbevereine wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Achtstundentages.

Sachsen (Ortsverb.). Karten. **Spandau (Ortsverband).** Berlin. **Rafinerie Edmund Hartmann,** Pflegegärtchen bei Kottbus, Wiesenstraße 10. **Spandau (Ortsverband).** Berlin. **Hofmeister, A. III.**